

Der Freistaat Bayern hat unter den Augen und in Verantwortung von führenden CSU-Politikern 3,75 Milliarden Euro Steuergelder verpulvert, verbrannt und aus dem Fenster geschmissen.

Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion,
Markus Rinderspacher, MdL

zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer zu Bayerischer Landesbank
und Hypo Group Alpe Adria
15. Dezember 2009 im Bayerischen Landtag

Der Freistaat Bayern befindet sich wohl in der schwersten politischen Krise seiner Geschichte. Die Menschen in Bayern sind bestürzt und fassungslos angesichts eines Milliardenesasters, über dessen Konsequenzen wir heute zu beraten haben. Es geht heute um die Geschichte der HGAA, die Geschichte von Nieten in Nadelstreifen, von politischen Totalversagern. Es geht um die Geschichte von Taugenichtsen, Großmäulern und politischen Nullen. Es geht um die Geschichte von zur Verantwortung unfähigen Politikern.

Wir reden heute über einen Skandal, der als Schandfleck in die Historie unseres Landes eingehen wird. Und es wird Jahre dauern, bis der Freistaat sich davon erholen wird. Das hat der Ministerpräsident mit seiner Regierungserklärung heute zum Besten gegeben, einer Regierungserklärung, die nichts anderes war als eine politische Bankrotterklärung. Der Freistaat Bayern hat unter den Augen und in der Verantwortung führender CSU-Politiker 3,75 MilliardenEuro Steuergelder verpulvert, verbrannt bzw. aus dem Fenster geschmissen.

Die Versager tragen ein Logo mit drei Buchstaben; diese drei Buchstaben lauten: C, S, U. Das, meine Damen und Herren, ist ein Markenzeichen für finanzpolitischen Dilettantismus.

Die Großmannsucht hat auch Namen: Stoiber, Faltlhauser, Huber, Beckstein, Schmid und Schaidinger. Sie alle haben zugesehen, mitgewirkt und mitverantwortet, mitgeholfen, mitgesprochen und mitgeredet, dass der Freistaat Bayern Steuergelder in unvorstellbarer Höhe vergeudet, verplempert, verschleudert und verjuxt hat. Der großkotzige Wunsch nach grenzenloser Expansion hat seinen Preis. 3,75 Milliarden Euro sind das erschreckende Ergebnis eines zweieinhalbjährigen Abenteuers am Balkan.

Umgerechnet bedeutet dies: Bayern hat über zweieinhalb Jahre lang jeden Tag vier Millionen Euro nach Kärnten überwiesen. Jeden Tag, 930 Tage am Stück.

Der reiche Onkel Fahrenschon stand selbst dann noch zu Diensten, als längst klar war, das Geld kommt den Abgrund nicht mehr hoch.

Klar ist jetzt am Wochenende geworden: Bayern hat sich von Österreich zweieinhalb Jahre nach Strich und Faden über den Tisch ziehen lassen. Es beginnt mit einem überhöhten Kaufpreis, es geht weiter mit Milliardenspritzen und es endet mit einem Milliardenpoker auf dem Pulverfass unter höchstem Zeitdruck, bei dem die Republik Österreich am Ende fast alle ihre Forderungen gegenüber einem schwachen Finanzminister Georg Fahrenschon durchgesetzt hat.

Und die Bank verschenkt weiter. Es werden noch einmal 825 Millionen Euro draufgesattelt. In Ihren Worten heißt das, es sei kein frisches Geld. Erklären Sie einmal den Bürgerinnen und Bürgern, was der Unterschied zwischen altem und frischem Geld ist. Die bayerischen Liquiditätshilfen und Kredite, die Sie, Herr Fahrenschon, noch aus der Verhandlungsmasse haben herauseisen wollen, sind drin geblieben. Wer will denn da noch von einer erfolgreichen Verhandlungsführung in Wien sprechen, meine Damen und Herren?

Die Wahrheit ist doch Folgendes: Herr Fahrenschon, Sie waren ein unbeholfener Verhandlungsführer ohne jede Widerstandskraft. Die Wahrheit ist: Sie haben sich von den Österreichern quasi am Nasenring durch die Manege führen lassen. Das ist doch die Wahrheit.

Sie waren ein Getriebener. Sie waren nicht Herr des Handelns. Wir werden zu überprüfen haben, Herr Minister, ob Sie den Bayerischen Landtag in der vergangenen Woche belogen haben. Wenn die Medienberichte stimmen, dass Sie höchstpersönlich Druck auf die Sonderprüferin Corinna Linner ausgeübt haben - die Süddeutsche Zeitung hat das gestern so berichtet -, dann sind Sie als Finanzminister des Freistaates Bayern nicht mehr tragbar und müssen zurücktreten.

Wir werden auch über die Gesamtverantwortung des Ministerpräsidenten sprechen müssen, der einen Eid abgelegt hat, Schaden von unserem Lande abzuwenden.

Zu welchem Zeitpunkt waren Sie in den Vorgang HGAA involviert, Herr Ministerpräsident? Sie sagen jetzt, bereits vor einem Jahr bei Ihrem Amtsantritt seien Sie festen Willens gewesen, die Bank zu verkaufen. Welche Informationen wurden Ihnen wann von Ihrem Finanzminister vorgelegt? Wie kann es sein, dass dieses so wichtige Thema offensichtlich über Wochen und Monate nicht zur Entscheidungsreife gelangte, ja über ein Jahr lang nichts passiert ist und diese Bank jetzt auf den letzten Drücker verschenkt werden muss?

Da diskutieren wir hier im Landtag jeden einzelnen Kugelschreiber für die bayerischen Schulen. Jede Schirmmütze für bayerische Polizisten wird noch einmal umgedreht, und zwar Ausschusssitzung für Ausschusssitzung. Und dann entscheidet der Finanzminister unter dem denkbar größten Zeitdruck im melancholischen Dunstnebel von Wien quasi handstreich-artig über Milliardenbeträge.

Kolleginnen und Kollegen, die Katastrophe von Kärnten stellt ein unvorstellbares Ausmaß politischen Versagens dar, eine neue Dimension politischer und wirtschaftlicher Unfähigkeit.

Und jetzt erklären Sie einmal den Menschen im Lande diesen Betrag von 3,75 Milliarden Euro. Das sprengt jegliches Vorstellungsvermögen. Mit 3,75 Milliarden Euro in 500-Euroscheinen könnten Sie einen Turm in Höhe von 750 Meter aufbauen.

Das ist fast achtmal so hoch wie die Türme der Münchner Frauenkirche. Ein Arbeitnehmer müsste 93.750 Jahre für diesen Betrag arbeiten.

3,75 Milliarden Euro, mit diesem Geld könnte man zehn Jahre lang jedem Schüler in Bayern ein warmes Mittagessen finanzieren, über die gesamte Schulstrecke hinweg, eine gesamte Dekade lang.

Wir hätten es nicht für möglich gehalten, dass die politisch Verantwortlichen jetzt so tun, als seien sie überhaupt nicht dabei gewesen. Über diese politische Verantwortung müssen wir hier im Hohen Hause reden. Herr Seehofer hat bereits am Freitag angekündigt, die politisch Verantwortlichen der Vergangenheit müssten Konsequenzen ziehen. Er würde sich über das Wochenende Gedanken machen. Herr Ministerpräsident, ich rufe Ihnen zu: Ihr Wochenende ist vorüber! Wir haben bereits Dienstag! Wo sind die Konsequenzen? Raus aus dem Speicher, rein in die Verantwortung! In Wahrheit drücken Sie sich vor der notwendigen Entscheidung, Ihre Parteifreunde zur Rechenschaft zu zie-hen. Führungsstärke in der Krise sieht nun wirklich anders aus.

Sie sagen gegenüber dem "Focus", Sie machten sich Sorgen um die CSU; die Finanz- und Wirtschaftskompetenz Ihrer Partei stehe in Frage. Das ist ja alles richtig, aber es ist doch bezeichnend, dass es Ihr erster Reflex ist, an Ihre Partei zu denken und nicht an Ihr Land. Es geht hier um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger, Herr Ministerpräsident!

Es hätte uns natürlich interessiert, was Sie unter politischen Konsequenzen für die Verantwortlichen meinen. Die bayerische Öffentlichkeit wurde von Ihnen für eine kurze Zeit in den Glauben versetzt, die damaligen Minister müssten womöglich mit ihrem Vermögen einstehen. Die renommierte Münchner Anwaltskanzlei Hengeler Mueller wurde beauftragt, die Haftung von ehemaligen BayernLB-Vorständen und Verwaltungsratsmitgliedern zu prüfen.

Was haben die Recherchen denn nun ergeben? Welcher Auffassung sind sie denn nun? Müssen Herr Huber, Herr Beckstein, Herr Schmid, Herr Schaidinger, Herr Faltlhauser und andere am Ende womöglich mit ihrem Privatvermögen haften? Das wäre neu. Das würde das System völlig umstellen, und zwar nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft.

Herr Kollege Beckstein nannte es eine Unverschämtheit, meine Damen und Herren, dass die Oppositionsfraktionen von SPD und Freien Wählern auch straf-rechtliche Konsequenzen überprüfen wollten. Das sagte Herr Beckstein in einem Interview. Er ist heute nicht da. Aber klar ist doch, die „Unverschämtheit“ sitzt bei Weitem nicht nur in den Reihen der Opposition. Die Unverschämtheit sitzt offensichtlich auf der Regierungsbank in Person seines Nachfolgers Horst Seehofer, der offensichtlich ebenfalls strafrechtliche Konsequenzen einfordert.

Leider erweckt Herr Seehofer nur den Anschein, er wolle auch in den eigenen Reihen aufklären. Bis jetzt steckt nichts, aber wirklich überhaupt nichts dahinter. Da bleibt sich der Ministerpräsident konsequent treu: wieder einmal nur Ankündigungen, Ankündigungen, die auch von der eigenen Verantwortung ablenken sollen.

Sie hatten doch nun ein Jahr lang Zeit, Herr Ministerpräsident, sich mit dem Problem Landesbank eingehend zu beschäftigen. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, zwölf lange Monate, die Landesbank transparent neu aufzustellen, eine neue Mannschaft zusammenzustellen, ein neues Konzept zu entwerfen. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, die notwendigen Rückschlüsse zu ziehen und gegebenenfalls auch unbequeme Entscheidungen in den eigenen Reihen herbeizuführen. Nichts davon ist eingetreten, überhaupt nichts, genau das Gegenteil. Sie haben ihren Finanzminister für die Staatsregierung mauern lassen. Das ist ein Fakt.

Klar, der Kauf der HGAA fällt in die Amtszeit des CSU-Ehrenvorsitzenden Edmund Stoiber. Aber was haben Sie denn daraus gelernt? Dem Anliegen der Opposition, ebenso Verantwortung für die Bayerische Landesbank zu übernehmen, zum Beispiel indem Oppositionsvertreter in den Verwaltungsrat geschickt werden, haben Sie eine klare Absage erteilt. Sie wollten, dass die Landesbank fest in CSU-Hand bleibt. Sie haben die alten Seilschaften eben nicht beseitigt, Herr Seehofer. Sie haben sie fortgesetzt. Deshalb muss man feststellen: Die Landesbank ist nicht nur ein Problem für Ihre Vorgänger, sie ist auch ein Problem für Sie ganz persönlich.

Im Übrigen kein Wort des Bedauerns in Ihrer Regierungserklärung an die Lehrer, an die Schüler und deren Eltern, dass Sie bessere Bedingungen für eine bessere Bildung in Bayern verspekuliert haben.

Kein Wort der Entschuldigung, dass Sie die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner mit einer schweren Hypothek belasten, nämlich dass kein Geld mehr da ist. Sie haben es verjubelt für unseriöse Geschäfte mit Luxusyachten und teuren Autos am Balkan.

Günther Beckstein erklärt zu seiner Verantwortung, er sei - man höre und staune - ja nur "nominal" Mitglied des Verwaltungsrats gewesen.

"Nominal", das soll wohl bedeuten: Verantwortung, nein danke; ich war irgendwie dabei, irgendwie aber auch wieder nicht; der warme Milchkaffee am Rande der Sitzung hat ganz gut geschmeckt und auch die leckeren Häppchen, die gereicht wurden; man schaut in die Luft, man sitzt dabei, lässt den lieben Gott einen guten Mann sein und denkt: Es wird schon alles gut.

Was ist denn das für eine erbärmliche Grundhaltung zu sagen: Ich war nur nominal dabei?

Darf ich an dieser Stelle daran erinnern, dass der gesamte Verwaltungsrat im Jahr 2007 knapp 400.000 Euro an Bezügen erhalten hat.

Die Gegenleistung wäre gewesen, der Sorgfaltspflicht gerecht zu werden. Das ist doch nicht zu viel verlangt, meine Damen und Herren.

Georg Schmid, meine Damen und Herren, flüchtet sich in den Machterhalt. Er sei gegen Selbstzerfleischung; eine Einlassung, Herr Schmid, die Sie wohl auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen immun machen soll.

Sie haben die Chance verpasst, Herr Schmid, mit Anstand persönliche Konsequenzen zu ziehen, die die Menschen in Bayern vielleicht sogar noch mit Respekt zur Kenntnis genommen hätten.

Eine große Tageszeitung beschreibt Sie heute als "Dead Man Walking". Das kann man so eigentlich nicht stehen lassen, denn angesichts Ihrer Verletzung ist Walking im Moment nicht drin. Aber Dead Man, das stimmt ganz bestimmt, und als Dead Man kleben Sie an Ihrem Sessel.

Sie haben es verpasst, zurückzutreten.

Am Ende will es niemand gewesen sein, auch nicht Erwin Huber.

Schon immer war die Landesbank, meine Damen und Herren, ein Spielball der staatstragenden Partei. Wir erinnern uns an den Milliardenkredit von Franz Josef Strauß 1983 an die DDR oder an die Kirch-Kredite. Aber das Balkan-Abenteuer um die HGAA toppt all das bisher Dagewesene um Längen, ein beschämender Tiefpunkt unseres Landes.

Im österreichischen Finanzministerium wird kolportiert, die Bayern hätten die Hypo-Gruppe nie umfassend geprüft, um dem damaligen Landeshauptmann Jörg Haider einen Gefallen zu tun, der den Käuferlös nutzte, um Führerscheine der Jugendlichen seines Landes zu bezuschussen.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern wird viele Jahre benötigen, um sich von dieser Finanzkatastrophe zu erholen. In Bayern ist die Situation so dramatisch wie nirgendwo sonst in Deutschland. Nicht die Wirtschaftskrise hat die HGAA-Pleite verursacht, nein, es war eine Mischung aus Großmannsucht, wirtschaftlichem Dilettantismus, politischer Verantwortungslosigkeit und Provinzialismus. Das Vertrauen in die vermeintlich wirtschaftliche und politische Elite unseres Landes ist bis ins Mark erschüttert.

Bayern steht vor einem Scherbenhaufen. Heute ist gewiss: Die CSU hat die Menschen im Freistaat im Jahr 2008 nach allen Regeln der Kunst belogen, um an der Macht zu bleiben.

Das ist eine dreiste Wählertäuschung, wie sie unser Land bis dato noch nicht gesehen hat. Wäre den Wählern bewusst gewesen, welche Höllenschluchten sich hinter den

potemkinschen Dörfern der CSU auftun, meine Damen und Herren, Ihre Partei wäre nie und nimmer auf über 40 % gekommen.

Sie, Herr Ministerpräsident, sind offenbar nicht willens - das hat Ihre Regierungserklärung deutlich gezeigt - und nicht in der Lage, die Dinge zu ordnen. Sie selbst haben das Heft des Handelns zwar in der Hand, aber nicht im Griff. Wenn Sie nicht die Kraft aufbringen, die notwendigen Entscheidungen politischer Hygiene und politischer Verantwortung herbeizuführen, dann, sage ich, geben Sie die Herrschaft des Landes bitte wieder zurück in die Hände des bayerischen Volkes. Ihre Rede hat heute eines deutlich gemacht: Die Wählerinnen und Wähler sollten über die Zukunft unserer Heimat neu entscheiden.